

Zusammenfassungen

Andreas Eckert, Spätkoloniale Herrschaft, Dekolonisation und internationale Ordnung. Einführende Bemerkungen

Das Ende der europäischen Kolonialimperien in Afrika und Asien gehört zu den bedeutsamsten Entwicklungen des 20. Jahrhunderts. Dieser Beitrag diskutiert einige wesentliche Aspekte der Thematik. Er reflektiert dabei die in der jüngeren Historiografie gewachsene Sensibilität für globale Verflechtungen, das zunehmende Interesse an der Rolle internationaler Organisationen, an der Signifikanz von Wissen und Wissenschaft sowie an der Bedeutung kolonialer Gewalt. Der Aufstieg des Paradigmas der Entwicklung wird vor allem am Beispiel Deutschlands diskutiert, das lange Zeit als irrelevant für den Prozess der Dekolonisation galt. Eng mit dem Konzept ›Entwicklung‹ verknüpft war die in den Fünfziger- und Sechzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts sehr präzente Modernisierungstheorie, die hier vor allem am Beispiel des Aufstiegs der Entwicklungsökonomie thematisiert wird. Nach Ausführungen über das Ende des britischen Empire und der Erinnerung an die Dekolonisation in Frankreich erörtert der Aufsatz abschließend am Beispiel Afrikas die Frage nach dem ›kolonialen Erbe‹ in den ehemaligen Kolonien. Im Anschluss an die bahnbrechenden Studien von Frederick Cooper wird die These vertreten, dass infolge des spezifischen Dekolonisationsprozesses in Afrika fragile Staaten entstanden sind, in denen eine europäisch geprägte Modernität mit lokalen Formen sozialer Organisation verbunden wurde.

Daniel Maul, Internationale Organisationen als historische Akteure – Die ILO und die Auflösung der europäischen Kolonialreiche 1940–1970

Die Bedeutung internationaler Organisationen als historische Akteure gehört zu den von der Forschung weniger beleuchteten Aspekten der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Am Beispiel der »Weltsozialorganisation« ILO und ihrer Auseinandersetzung mit der Dekolonisation wird im Beitrag gezeigt, auf welche Weise internationale Agenturen an diesem epochalen Prozess in nicht unerheblichem Maße teilhatten. Nach einer Übersicht über zentrale Fragestellungen sowie die bisherige Forschung zur Geschichte internationaler Organisationen wird die ILO zunächst als ein Forum untersucht, auf dem zentrale politische Debatten im Rahmen der Dekolonisation ausgetragen wurden. Darüber hinaus geht es darum, die durchaus eigenständige Rolle des Internationalen Arbeitsamtes (IAA), dem Sekretariat der Organisation, als aktiver Teilnehmer an den Diskussionen insbesondere im Bereich der Sozial-, der Menschenrechts- und Entwicklungspolitik, zu gewichten.

Jérôme B. Elie/Jussi Hanhimäki, Dekolonisation in Afrika. Expansion und Emanzipation von den 1950er- bis zu den 1970er-Jahren

Im Gegensatz zu seinem gegenwärtigen Status war der Hohe Kommissar für Flüchtlingsfragen der Vereinten Nationen ursprünglich zu Beginn der 1950er-Jahre eine Einrichtung ohne wirkliche Handlungsbefugnis, deren Finanzmittel und deren Mandat begrenzt waren. Dieser Artikel befasst sich mit dem Prozess der Expansion und vorsichtigen Emanzipation, der dem Hohen Kommissar für Flüchtlingsfragen es ermöglicht hat, seine ursprünglichen Grenzen zu überschreiten, und analysiert die Rolle, die die Dekolonisierungsbewegungen in Afrika in diesem Kontext gespielt haben. Insbesondere zieht dieser Artikel die Bedeutung der die Kolonisierung betreffenden Entschlüsse der Generalversammlung der Vereinten Nationen in Betracht und fragt danach, wie die Entwick-

lung des Mandats und der Aktivität des Hohen Kommissars für Flüchtlingsfragen durch die Ereignisse in der Dritten Welt, vom Algerienkrieg in den 1950er-Jahren bis zum Befreiungskrieg in Angola in den 1970er-Jahren beeinflusst wurde.

Die Vertreter des Hohen Kommissars für Flüchtlingsfragen glaubten im Allgemeinen an die Universalität ihrer Mission und hatten den Wunsch, ihre Behörde auszubauen und zu verstärken. Allerdings stellte dieser Prozess die Flüchtlingsbehörde gleichzeitig vor neue Herausforderungen. Insbesondere gerieten die Realität vor Ort und die Direktiven der Generalversammlung manchmal in Konflikt mit den juristischen Grundlagen des Hohen Kommissars und der Mission, die seine Vertreter für sich sahen. Eine schwierige Frage in diesem Kontext betraf die Art und Weise, wie der Hohe Kommissar Befreiungsbewegungen unterstützen konnte. Schließlich zeigt der Artikel, dass der Hohe Kommissar für Flüchtlingsfragen bei der Bewältigung der Dekolonisierungsfolgen helfen konnte, ohne seine apolitische Rolle aufzugeben und direkt in die Konflikte verwickelt zu werden.

Frieder Ludwig, Unabhängigkeitsbestrebungen und Dekolonisationsprozesse. Zur Positionierung der Kirchen in Afrika und Asien

In diesem Beitrag wird die Rolle der Kirchen im Prozess der Dekolonisation untersucht. Dabei werden zunächst die Entwicklungen in Indien vor und unmittelbar nach der Unabhängigkeit skizziert, um dann die Auswirkungen der in Indien gemachten Erfahrungen auf die Positionierung der Kirchen in anderen Ländern (insbesondere in Nigeria und Tansania) aufzeigen zu können. Ein Hauptaugenmerk des Artikels liegt auf den Interaktionen afrikanischer und asiatischer Christen in der Auseinandersetzung mit kolonialer Herrschaft und westlicher missionarischer Kontrolle: Da das Christentum häufig als »importiert« und als »Fremdkörper« empfunden wurde, wurden die Überwindung westlicher Strukturen, die Auseinandersetzung mit den eigenen religiösen Traditionen und die Verhältnisbestimmung zu den Nationalbewegungen zu zentralen Themen, wobei von den in Indien schon seit den 1920er-Jahren entwickelten Positionen wesentliche Impulse ausgingen. Die Publikationen und Konferenzen des Internationalen Missionsrats bildeten eine Basis für die gegenseitige Wahrnehmung und den sich intensivierenden Süd-Süd-Austausch.

Christoph Kalter, »Le monde va de l'avant. Et vous êtes en marge«. Dekolonisierung, Dezentrierung des Westens und Entdeckung der »Dritten Welt« in der radikalen Linken in Frankreich in den 1960er-Jahren

Anhand der französischen Zeitschrift *Partisans* wird im vorliegenden Beitrag die wechselseitige Konstituierung einer neuen radikalen Linken und der sogenannten Dritten Welt als einem umfassenden Welterklärungskonzept in Frankreich analysiert. *Partisans* avancierte im Frankreich der 1960er-Jahre zum wichtigsten Mediator linksradikaler Repräsentationen der Dritten Welt. Die in der Zeitschrift vorgenommene programmatische Dezentrierung des Westens fand im Konzept der Dritten Welt ihren Rahmen und begleitete die Genese, Differenzierung und Radikalisierung der französischen Neuen Linken bis zum Ende des Jahrzehnts. Dabei entstand ein geteilter Diskursraum der antkolonialen Intellektuellen und Aktivisten in Peripherie und Metropole. Dieser wird zunächst anhand eines monumentalen Doppeltexes des 20. Jahrhunderts veranschaulicht, nämlich des Manifests »Les damnés de la terre« von Frantz Fanon. Anschließend werden wichtige Topoi, Argumentstrukturen, Entwicklungen und Funktionen der linksradikalen Rede über die Dritte Welt anhand einschlägiger Texte der Zeitschrift herausgearbeitet. Diese Analyse wird schließlich in einer zeit-räumlich weiter ausgreifenden Genealogie kritischer Diskurse über die westliche Moderne platziert. Dabei wird auch die grundsätzliche Ambivalenz des linksradikalen Dritte-Welt-Diskurses herausgestellt.

Esther Helena Arens, »Mission interrupted«? Die Diskussion über die Dekolonisierung in den Niederlanden

Nachdem die Niederlande die Unabhängigkeit der Republik Indonesien anerkannt hatten, erschien der Mehrheit der Zeitgenossen nach dem Rückzug aus West-Papua die Hauptaufgabe der Dekolonisierung bewältigt – ungeachtet der Tatsache, dass die Kolonien in der Karibik und in Südamerika weiterhin Bestand hatten, und vor allem auch ungeachtet der Tatsache, dass spätestens mit der Einwanderung aus den (ehemaligen) Kolonien das Gewebe der niederländischen Gesellschaft selbst von Fragen und Problemen der Dekolonisierung durchzogen war. Dieser Aufsatz interpretiert die Ereignisse der außenpolitischen Dekolonisierung – Indonesien 1949, West-Papua 1962, Surinam 1975 – in den Kategorien Verlust, Auseinandersetzung und Aktion und beschreibt die jeweilige gesellschaftlich-politische Diskussion über die notwendige innere Dekolonisierung anhand der Begriffe Selbstbild, Fremdbild und Imagepolitik, um den dahinterstehenden möglichen Wandel des niederländischen Weltbildes zu analysieren und nach neuen (trans-)gesellschaftlichen Übereinkünften zu fragen.

Sönke Kunkel, Systeme des Wissens, Visionen von Fortschritt. Die Vereinigten Staaten, das Jahrzehnt der Modernisierungstheorie und die Planung Nigerias 1954–1965

Ausgehend vom Konzept der Wissensgesellschaft untersucht der Beitrag am Beispiel des *Center for International Studies* des *Massachusetts Institute of Technology*, wie die Modernisierungstheorie als Wissen entworfen wurde, mit dem die Dekolonisierung gedeutet und amerikanischen Außenpolitikern Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt werden konnten. Besonders die *action intellectuals* Walt Rostow und Max Millikan wurden dabei zu einflussreichen Vermittlern zwischen Wissenschaft und Politik. Durch die narrative Verschränkung von historischen Entwicklungsgesetzen und Visionen der Moderne sollte eine amerikanische Hegemonie des Wissens errichtet werden, die auch unter den Bedingungen der Dekolonisierung dauerhafte Nord-Süd-Beziehungen garantierte. Diese Entwicklung wird anhand Nigerias nachgezeichnet, das ein typisches Beispiel bietet: Für die nigerianische Elite besaß jenes Versprechen des machbaren Fortschritts außerordentliche Attraktivität, so dass sich die Planung eines modernen Nigerias nicht nur an den Leitlinien amerikanischer Wissensbestände orientierte, sondern von amerikanischen Experten auch maßgeblich gestaltet werden konnte.

Daniel Speich, Der Entwicklungsautomatismus. Ökonomisches Wissen als Heilsversprechen in der ostafrikanischen Dekolonisation

In diesem Beitrag wird die Rolle von makroökonomischer Expertise in der Dekolonisation untersucht. Basis der Analyse ist die Feststellung, dass die Entwicklungsökonomie aus der Vergangenheit westlicher Industrieländer ein abstrahierbares Wissen gewonnen hat, das im Sinne eines Automatismus auf die neuen Staaten anwendbar zu sein schien. Diese technokratische Zugangsweise war mit einem Heilsversprechen verbunden, dessen Wirkung in drei Schritten analysiert wird. Der erste Teil rekonstruiert die Genese zentraler ökonomischer Wissensbestände, wobei die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und die Schätzung des Bruttosozialprodukts im Vordergrund stehen. Der zweite Teil blickt auf die äthiopische Hauptstadt Addis Abeba, wo 1961 in einer Reihe internationaler Konferenzen die Anwendung dieser Abstraktionen auf die entstehende postkoloniale Realität Afrikas zur Debatte gestellt wurde. Der Dritte Teil widmet sich dem Fallbeispiel Kenia und zeigt, dass die Verfügbarkeit von ökonomischer Expertise die Innenpolitik des ostafrikanischen Landes in den 1960er-Jahren wesentlich strukturierte.

Stephan Malinowski, Modernisierungskriege. Militärische Gewalt und koloniale Modernisierung im Algerienkrieg (1954–1962)

Innerhalb des Dekolonisationsprozesses nach dem Zweiten Weltkrieg steht der Algerien-Krieg (1954–1962) emblematisch für ein ungewöhnlich hohes Maß physischer Gewalt, den systematischen Einsatz von Folter und die Verletzung der Menschenrechte. In nur wenigen Fällen hat eine westliche Demokratie in einem Kolonialkrieg ihre eigenen Grundprinzipien so radikal und in solchem Umfang gebrochen wie Frankreich in diesem Krieg. Seltener beachtet wird, dass inmitten dieses Krieges ein umfangreiches »Modernisierungsprogramm« lanciert wurde, das auf Land und Bewohner zielte. Der Beitrag diskutiert einzelne Aspekte der Gleichzeitigkeit von bzw. der Dialektik zwischen spätkolonialer »Entwicklungspolitik« und brutaler Repressionspolitik. Mit dem Begriff »Modernisierungskrieg« wird thesenartig debattiert, ob die Besonderheiten des Algerienkrieges eher in der Brutalität kolonialer Kriegsführung oder eher in der grotesken Doppelstruktur von Gewalt und »Modernisierungsmission« lag. Der gewaltsam katalysierte Modernisierungsprozess, der hier erzwungen werden sollte, glich auf verblüffende Weise dem Programm der zeitgleich entstehenden »Modernisierungstheorie«. Er lässt sich als letzter Versuch interpretieren, spätkoloniale Herrschaft in nachkoloniale Hegemonie zu überführen.

Fabian Klose, Zur Legitimation kolonialer Gewalt. Kolonialer Notstand, antisubversiver Krieg und humanitäres Völkerrecht im kenianischen und algerischen Dekolonisierungskrieg

Der vorliegende Beitrag untersucht das gemeinsame Legitimationsmuster, mit dem die beiden Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich in ihren Dekolonisierungskriegen in Kenia (1952–1956) und Algerien (1954–1962) die Entgrenzung kolonialer Gewalt zu rechtfertigen versuchten. Das Hauptaugenmerk richtet sich dabei auf den kolonialen Ausnahmezustand mit seinen weitreichenden Notstandsgesetzen, den neuen Doktrinen zur antisubversiven Kriegsführung und der Rolle des humanitären Völkerrechts in Form der Genfer Konventionen von 1949 in beiden Konflikten. Es wird die These vertreten, dass die spezifische Kombination aus den Maßnahmen des kolonialen Notstandes, den antisubversiven Militärdoktrinen und der Negierung der Gültigkeit des humanitären Völkerrechts entscheidend für die Radikalisierung kolonialer Gewalt war und zum Bruch aller humanitärer Normen des internationalen Menschenrechtsregimes in den Dekolonisierungskriegen führte.

Frank Schubert, Die kolonialen Wurzeln nachkolonialer Gewalt. Die Entstehung von *Martial Tribes* und politischer Ethnizität in Uganda

In diesem Artikel werden am Beispiel Ugandas die Langzeitwirkungen der Kolonialherrschaft auf die politischen und militärischen Konflikte im postkolonialen Afrika untersucht. Historisch gewachsenes Konfliktpotenzial ergab sich aus den kolonialen Verwaltungsgrenzen und aus der Hierarchisierung ethnischer Gruppen, besonders aus der Privilegierung des Königreichs Buganda im Protektorat Uganda. Die Kolonialherrschaft wies einzelnen ethnischen Gruppen bestimmte Funktionen in der Verwaltung, in der Landwirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt zu. Dieser »Ethnofunktionalismus« betraf auch das Kolonialmilitär, das der ethnischen Gruppe der Acholi besondere militärische Fähigkeiten zuschrieb und so einen *martial tribe* kreierte. Folge dieser Kolonialpolitik war die Ethnisierung des Militärs und des politischen Systems über die Kolonialzeit hinaus. Es werden insbesondere Kontinuitätslinien von der frühen Kolonialzeit zu den schwierigen Unabhängigkeitsverhandlungen, den politischen Konflikten der 1960er-Jahre, der Militär-

diktatur Idi Amins in den 1970er-Jahren und den Bürgerkriegen in den verschiedenen Regionen Ugandas seit 1981 herausgearbeitet.

Robert Heinze, »Decolonising the Mind«. Nationalismus und *Nation Building* im Rundfunk in Namibia und Sambia

In diesem Beitrag wird die Rolle des Radios im Dekolonisierungsprozess analysiert. Anhand zweier Beispiele – Namibia und Zambia – wird die Vermittlung eines afrikanischen Nationalismus untersucht, der sich nach der Unabhängigkeit in Bemühungen zum *nation building* niederschlug. Das Radio nahm (und nimmt) als wichtigstes Massenmedium in afrikanischen Staaten dabei insofern eine zentrale Rolle ein, als die jeweiligen Ideologien über dieses Medium an eine Bevölkerung übermittelt werden sollten. Im Beitrag werden nicht nur die jeweiligen Politiken analysiert, sondern auch die Rolle und Eigenwahrnehmung der Journalisten/innen und die Programme selbst. Die Widersprüche zwischen gewünschter Politik, vorhandener Infrastruktur, Vorstellungen der Journalisten/innen und den Hörerwünschen machten die Vermittlung nationalistischer Politik sowie die Herstellung eines virtuellen nationalen Raumes im Radio zu komplexen Prozessen, die nicht immer gelingen konnten.

Larry Butler, Bergbau, Nationalismus und Dekolonisierung in Sambia. Eine Interpretation der Unternehmensantworten auf den politischen Wandel, 1945–1964

Dieser Beitrag untersucht die Reaktion der sambischen Kupferbergbauindustrie auf den rasanten politischen Wandel, der 1964 zur Unabhängigkeit Sambias führte. Es wird eine Situation betrachtet, in der zwei nationalistische Strömungen – die der weißen Siedler und die der Schwarzafrikaner – um die Macht kämpften und infolgedessen dem zentralen Industriezweig Sambias zu schaden drohten, der sich zugleich an ein unsicheres wirtschaftliches Umfeld anzupassen hatte. Vor dem Hintergrund der scheiternden Bestrebungen der Siedler und der Entwicklung hin zur afrikanischen Mehrheits Herrschaft werden die Strategien der zwei größten sambischen Bergbauunternehmen verglichen, durch die sie ihre Interessen schützen und sich auf die bevorstehende Unabhängigkeit einstellen konnten. Dabei wird argumentiert, dass sich die unterschiedlichen Antworten der Unternehmen – die eine augenscheinlich »progressiv«, die andere höchst konservativ – zum Teil auf die gegensätzlichen Ansichten der jeweils einflussnehmenden südafrikanischen bzw. US-amerikanischen Interessen zurückführen lassen.

Hubertus Büschel, In Afrika helfen. Akteure westdeutscher »Entwicklungshilfe« und ostdeutscher »Solidarität« 1955–1975

In diesem Beitrag werden die Akteure westdeutscher »Entwicklungshilfe« und ostdeutscher »Solidarität« in Afrika südlich der Sahara 1955–1975 in den Blick genommen und damit eine bislang von Forschungen zu Dekolonisation und Entwicklungspolitik kaum bearbeitete Perspektive eingenommen. Schwerpunkte liegen auf der Entwicklungsarbeit in Tansania/Sansibar, Togo und Kamerun, den ehemaligen deutschen Kolonien und wichtigsten Zielorten der »Entwicklungshilfe« beider deutscher Staaten. Aus kulturhistorischer Perspektive wird nach der Ausbildung und den gesellschaftlichen Hintergründen von Entwicklungsexperten, -helfern, Mitgliedern von Solidaritätsbrigaden und nicht zuletzt ihren afrikanischen *Counterparts* gefragt. Die Wissensbestände, mit denen man vor der Arbeit in »Übersee« ausgerüstet wurde, werden ebenso analysiert wie die Inszenierung der Hilfe.

Blickt man auf die Selbstdeutungen der Akteure, wird deutlich, dass sie sich ganz und gar nicht mit entwicklungspolitischen Leitlinien und Prämissen zufrieden gaben, große Zweifel an ihrer Arbeit hegten und Schuldempfinden äußerten. Letztlich allerdings überwog trotzdem in den 1960er- und 1970er-Jahren die auch von den *Counterparts* mitgetragene Vision, Afrika durch Fortschritt und Entwicklung nach amerikanischen und europäischen Maßstäben verändern zu können.

Corinna R. Unger, Rourkela, ein ›Stahlwerk im Dschungel‹. Industrialisierung, Modernisierung und Entwicklungshilfe im Kontext von Dekolonisation und Kaltem Krieg (1950–1970)

In den Fünfzigerjahren galt die Industrialisierung Indiens als non plus ultra, um das seit 1947 unabhängige Land zu modernisieren. Westliche Strategen wollten Indien auf diese Weise in den Westen integrieren und den Einfluss des Ostblocks auf das Land mindern, das im Kalten Krieg eine wichtige Rolle spielte. Insofern kam der Bau des Stahlwerks Rourkela durch ein westdeutsches Firmenkonsortium sehr gelegen. Von ihm erhofften sich indische und westliche Experten, eine bis dahin ›unerschlossene‹ Region zu ›entwickeln‹ und deren Bewohner in moderne Menschen zu verwandeln. Doch das Projekt litt von Anfang an unter gravierenden Problemen, und die Bundesrepublik musste wiederholt mit finanziellen und diplomatischen Mitteln einspringen. Rourkela wurde zum Symbol für eine fehlgeleitete Entwicklungspolitik, die auf industrielle Vorzeigeprojekte statt auf strukturellen Wandel ›von unten‹ setzte. Indiens Rückbesinnung auf die Landwirtschaft Anfang der Sechzigerjahre war auch eine Reaktion auf diese Erfahrung. Die Grüne Revolution machte das Land schließlich in den frühen Siebzigerjahren von ausländischer Hilfe unabhängig und verankerte es ökonomisch im Westen – allerdings auf Kosten des ursprünglichen Ziels, den Lebensstandard der indischen Bevölkerung auf demokratisch-egalitäre Weise zu verbessern.

Andreas Hilger, Revolutionsideologie, Systemkonkurrenz oder Entwicklungspolitik? Sowjetisch-indische Wirtschaftsbeziehungen in Chruschtschows Kaltem Krieg

Erst seit kurzem hat die historische Forschung ihren Blick wieder auf die Beziehungen der ›Zweiten‹ zur ›Dritten Welt‹ in der Ära des Kalten Kriegs gerichtet. Sie kann sich hierbei nicht nur auf die vielfach deutlich verbesserten nationalen Quellenzugänge stützen, sondern greift vermehrt auch die erweiterten Fragestellungen einer modernen Geschichte internationaler Beziehungen auf. Der Beitrag analysiert nach einer Diskussion der Grundlagen sowjetischer Außenwirtschaftspolitik nach 1945 anhand dreier Fallbeispiele aus den sowjetisch-indischen Wirtschaftsbeziehungen die formative Phase der Ost-Süd-Beziehungen unter Chruschtschow. Ideologisch-politische sowie außenwirtschaftliche Ambitionen der UdSSR im Ost-West-Konflikt trafen auf ehrgeizige, unabhängige Modernisierungsstrategien der Regierung Nehrus: Eigenständige Entwicklungsagenden Indiens sowie die sowjetische Überfrachtung der Außenwirtschaft überforderten auf lange Sicht die vermeintliche Wirtschaftsoffensive der UdSSR in der ›Dritten Welt‹.

Patrik von zur Mühlen, Entwicklungspolitische Paradigmenwechsel am Beispiel der Friedrich-Ebert-Stiftung vom Ende der 1950er- bis zu den 1990er-Jahren

Als einer der frühen Pioniere der entwicklungspolitischen Arbeit in Deutschland übertrug die Friedrich-Ebert-Stiftung politische Ansätze aus der Geschichte der Arbeiterbewegung auf die Dritte Welt. Der Aufbau der Gewerkschaften, politische Erwachsenenbildung und die Förderung des Genossenschaftswesens waren die vordringlichen Aufga-

ben, denen sich bald auch die Medienarbeit anschloss. Rückschläge, kritische Einwände aus Politik, Presse und Wissenschaft und eigene Erfahrungen führten dazu, dass die entwicklungspolitische Arbeit der Stiftung seit Ende der Siebzigerjahre etappenweise einen Paradigmenwechsel vollzog. In den Vordergrund rückten Bauernverbände, Frauengruppen, Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen, Foren eines breiten innergesellschaftlichen und internationalen Dialogs sowie Kleinkreditbanken, Handels- und Handwerkskammern und andere Organisationen, die die Interessen ihrer Mitglieder gegenüber der Staatsverwaltung vertreten und wiederum die Arbeit ihrer Basisunternehmen unterstützen können. Damit wandte sich die Friedrich-Ebert-Stiftung von früheren Modellen der Entwicklungszusammenarbeit ab und flexibleren Konzeptionen zu.

Veronique Dimier, Die Rückkehr des patriarchalischen Staates nach Europa. Französische Dekolonisation und die Entstehung der europäischen Entwicklungspolitik

In diesem Beitrag geht es um die Rolle der französischen ehemaligen Kolonialbeamten beim Aufbau des Generaldirektorats 8 (DG 8, Entwicklung) der Europäischen Kommission während der Frühzeit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Dabei stehen Fragen zum Transfer der Werte, Normen, Praktiken und Methoden der Vorgehensweisen von den kolonialen zu den Entwicklungsadministrationen im Mittelpunkt der Untersuchung. Im Rahmen des Aufbaus einer multinationalen Verwaltung waren außerdem Aspekte von Loyalität und Autonomie der Kommissions-Offiziellen gegenüber ihren Mitgliederstaaten thematisiert.

